

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
16 (1902)**

89 (17.4.1902)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-309766](#)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des weckmäßigen Volkes. Nebst der Wochentlichen Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat inkl. Briefporto 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; durch die Post bezogen (Postleitziffer Nr. 5439), vierzehntäglich 10 Pf., für 2 Monate 1,44 Pf., monatlich 72 Pf. inkl. Briefporto.

Redaktion und Expedition:  
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 82.  
Telefon-Kontakt-Nr. 58.

Abonneren werden die fünfgeschulteine Corpsteile über deren Raum mit 10 Pf. berechnet; bei Wiederholungen entfallender Wahlgeld. — Abonneren für den laufenden Monat bis 1. Mai bestimmt in der Bremenischen oder in Bremen-Bremen Buchhandlung (Sole-Theater- und Kästchenstraße) aufgegeben sein. Geschreie Abonneren werden früher erbeten.

Nr. 89.

Bant, Donnerstag den 17. April 1902.

16. Jahrgang.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Der Reichstag ist am Dienstag wieder zusammengetreten. An seiner Beschlusshabigkeit fehlte viel und in den Begrüßungsworten des Grafen Ballhausen lag eine leise Ironie, als er die Hoffnung ausdrückte, daß die Herren Kollegen nun nach der längeren Erholung recht eifrig an den Arbeiten des Hauses Zeit nehmen würden. Der Kanzler, den der Präsident seinem Parteiengenossen Lieber widmete, war sehr warm gehalten und rühmte den Vorkommenen als das Musterbild eines aufrichtigen und wahrhaftigen Landesmanns. Man ist gewohnt, bei Gedächtnisreden manche Übertriebungen durchgehen zu lassen, aber hier war das Gute wirklich zu viel gelungen. Die Weitererörterung der Seemannsordnung, die für die nächsten Tage die intensive Arbeit des Parlaments im Aufgrund nehmen wird, gelangte im Wesentlichen nicht über einen Paragraphen hinaus. Allerdings ist der § 54, der die Fürsorge für den entwaffneten oder verletzten Schiffsmanne regelt, von großer Bedeutung. Unter den Genossen Wollenburg, Stadthagen, Herzfeld und Schwarz, die sich lebhaft an der Debatte beteiligten, gaben sich rechtliche Rücksicht für die Seeleute so viel wie möglich herauszuholzen und die sonstige Verpflichtung für den Abstand zu erweitern. Sie hatten insoweit auch einen gewissen Erfolg als das Zentrum sie genehmigt hat, einen Entwurf unterzubringen. So liegen sich einige, allerdings bedenkliche Fortschritte erzielen. — Heute geht die Beratung weiter.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag der Eisenbahngesetz zu Ende debattiert. Die Abg. Dr. Schulz-Bogum und Fünfkirchen verlangten die Belohnung guter und billiger Wohnungen für das Eisenbahnpersonal bzw. Gewährung von Wohnungsbefreiung. Der Abg. Hirsch bekämpfte das System der Zwangsabtretung des Eisenbahntarifentafels und verlangt seine Absetzung. Abg. Goldschmidt kam nochmals auf den Sparplan des Ministers zu sprechen, sowie auf die Prämien für Wohnverhältnisse, die durch die Zugänglichkeit zu den königlichen Eisenbahnreisen erworben werden können. Auch plädierte Goldschmidt für die Beisetzung der Altersdienstzeit in den Werkstätten und für einen Zeitteil, der wenigstens dem aus ein Jahr berechneten Alters-Durchschnittslohn entspricht. Der Minister Thielin schwieg sich darüber aus, ob er auf diese Wünsche eingehen möge. Zu einer festigen Auseinandersetzung kam es zwischen dem Abg. Barth und dem Minister Thielin, Barth gab dem Bahnhof-Umbau in Neumünster, Barth gab dem Minister und dem Minister der Stadt die Schule an der Verantwortung.

Die Zolltarifkommission hat Dienstag sich mit dem Zoll auf Schweine, Schafe und Ziegen beschäftigt. Auch bei diesen Positionen haben die Konservativen den Zoll pro Stück verworfen und den erfolgreichen Antrag, Gewichtsstufen dazu einzuführen, gestellt. Es wurde bei Schweinen und bei Schafen der Zoll auf 15 Pf. für den Doppelzettner festgesetzt. Ziegen waren die Konservativen so gnädig zöllfrei eingehen zu lassen. Daraus wurde die Bindung des Zolls mit 20 Prozent abgeschlossen. Das heißt, die Regierung darf beim Abschluß von Handelsvereinbarungen mit anderen Staaten diejenigen nur eine Ermäßigung dieses Zollzuges bis zu 20 Prozent gewähren. Der Zollzoll 15 Pf. pro Doppelzettner ist fast nochmals so hoch als die Sähe der Regierungsvorlage. Vergleichsweise befähmten drei Staatssekretäre, Polowodsky, Thielemann und v. Pobellius die konservativen Anträge. Die Konservativen hatten wieder die Ohren mit Wachtposten geworfen. Sie sind auch nicht gewonnen, in der Zukunft nachzuweisen. Das geht aus den die Wahrnehmungen der Regierungskonservativer schroff ablehnenden Ausführungen des Abgeordneten Hümmerstorfer. Er sagte: Graf Polowodsky habe die Kompromißanträge immer nur das Wort übrig: Unannehbar. Die Regierung redete wohl damit, daß die Mehrheit bis zur zweiten Lesung würde warten. Nun, seine bayerischen Kollegen und er würden nicht warten werden. Weßhalb hier noch weiter fortgeworfen werde, sei nicht einzusehen. Die ganze Arbeit sei nutlos, denn auch in der zweiten Lesung werde

die Regierung für ihre Vorlage keine Majorität bekommen. — Die konservativen Regierung wußtete aber trotz diesem Spott und Hohn lustig weiter, anstatt den Reichstag aufzulösen.

Bündlerische Wahlrechtsskundschaft. Man weiß, daß die Konservativen nichts mehr hoffen, als daß allgemeine gleiche Wahlrechte, wie es für den Reichstag besteht, und daß sie es je eher lieber zu befehligen trachten. Eine Sonderstellung beliebt stets das Organ der Bündler einzunehmen, indem es sich gegen die konserватiven Abstecher einer Wahlrechtsänderung wendet. Jetzt aber liegt man in der „Deutschen Tageszeit“ im Vorarlberg über die Ereignisse in Belgien: „Das allgemeine Wahlrecht hat Belgien übrigens schon längst.“ Weil wichtiger aber ist ihr (der Sozialdemokratie) das gleiche Wahlrecht, denn dieses hat Belgien wohlweislich nicht bei sich eingeführt. Es besteht dort zwar jede männliche Person eine Stimme, aber eine Reihe von Personen hat ein verhältnismäßiges Wahlrecht. „So hat die Deutsche Tageszeit“ unvorsichtig ihre wahre Meinung aufgedeckt, die sonst nur aus demagogischen Gründen gern versteckt! Wir haben nie an die Aufrichtigkeit ihrer Neigung für das Reichstagswahlrecht geglaubt.

Lieber und Wilhelm II. Befriedigend sollte der Abg. Dr. Lieber mit einem einträchtigen Wörtern in Folge des Befehlsdekretes des Reichstagsbedrängt bedacht werden. Das katholische „Wiesbadener Volksblatt“ erklärt jetzt, daß es der Kaiser gewesen, „der in der Freude über das Befehlsdekret des Flottengesetzes sich den Abg. Lieber gegenüber aus dieser Weise dankbar erweisen wollte“. Die gleiche Wiedergabe bringt das Volksblatt der „Frisi. Blg.“, die „Kleine Presse“. Nach diesem Blatte steht in den von Lieber folgendermaßen geschätzten Tagebüchern unter einem gewissen Datum verzeichnet, der Kaiser selbst habe Lieber das Anerbieten gemacht. — Danach ist Hobohne allerdings entlastet, und es wird auch nun verständlich, worum die Meldung bisher nirgends von mäßigen Stellen aus dementiert worden ist.

Der liegende Gerichtshof der Prese. Der Wortlaut des Gesetzesvorschrifts, betr. Änderung des § 7 der Strafprozeßordnung, wie ihn der Bundesrat beschlossen hat, entspricht inhaltlich den schon früher gemachten Mittheilungen. Wenn der Thatsatz einer drohabaren Handlung durch den Inhalt einer im Lande erschienenen periodischen Druckschrift begründet ist, so soll als das nach Abfall 1 zuständige Gericht nur dasjenige Gericht ansprechen sein, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Jedoch § 7 in den Fällen der Bekleidung, sofern da: Verfolgung im Wege der Privatausübung, sofern da: das Gericht, in dessen Bezirk die Druckschrift verbreitet worden ist, zuständig sein, wenn in diesem Bezirk die beleidigte Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Es ist also nicht auf eine Bekleidung, sondern geradezu auf eine Romobilisierung des liegenden Gerichtshofes für die Prese abgesehen. Nur für Offizialklagen wird die Erhebung der Anklage an einem beliebigen Ort des Verbreitungsgebietes eines Blattes ausgeschlossen. Für alle Privatklagen wird ausschließlich diese Möglichkeit erst geschaffen. Es ist ganz falsch, sich damit zu rüsten, wie es beispielweise die „National-Korrektur“ tut, daß die Privatklage nur dann den liegenden Gerichtshof begründen solle, wenn das beleidigte Blatt am Wohnorte des Bekleidigers auch Verbreitung gefunden hat. Es ist nichts einfacher, als diese „Verbreitung“ herzuführen. Es genügt, daß dem angeblich oder wirklich Bekleidigen ein Exemplar des Blattes zugestellt wird, dann hat das Blatt am Wohnorte des Bekleidigers eine „Verbreitung“ gefunden! Und diese „Verbreitung“ läßt sich ja eine Reihe von Polizeibehörden sehr anlegen sein. Diese Halbsatz ist also eher eine Vergrämmerung als eine Verfestigung der bestehenden Zustand.

### Holland.

Gegen den Militärkonsul. Der Kriegsminister Berndsen bestätigte, in diesem Sommer die im Jahre 1895 zur Infanterie umgewordenen.

aufgehobenen Mannschaften, die im August 1903 zur Landwehr übergeben, zu einer einen Monat dauernden Rekrutierung einzuberufen. Diese Nachricht hat großen Unwillen in der Bevölkerung hervorgerufen, und in verschiedenen Städten, wie z. B. in Amsterdam, Rotterdam und Dordrecht, haben die Mannschaften von 1895 bereits Protestkomitees gebildet. — Eine außerordentlich jährlich deutscher Prototypen-Sammlung findet bereits am 11. April in Amsterdam statt. Eine Protestresolution, in der alle Interessen aufgefordert werden, die der Bewegung anzuschließen und eine geplante Petition an die Regierung zu unterstellen, wurde einstimmig angenommen. Trotzdem, der an der Versammlung Theil nahm, wie u. A. darau hin, daß an dem Anwachsen der Militärlasten der Umstand viel beigetragen hat, daß die große Masse des Volks das kleine Haushalt Sozialdemokratie lange allein gegen die Reaktion kämpfen ließ und sich thürlicher Weise von politischer Verhängung fern hielt.

### Niederlande.

Ein Attentat auf den Minister des Innern, Stijvingen, wurde am Dienstag zu Petersberg in der Vorhalle des Reichstagsgebäudes verübt und Stijvingen erlagte. Der Möder ist ein bei den vorigen Unruhen in Kiew gemeldeter Student namens Balchanoff. Bei den Verhaftungen leistete er keinen Widerstand. Stijvingen wurde aus nächster Nähe zweimal tödlich getroffen. Der Möder näherte sich dem Minister in der Uniform eines russischen Adjutanten, mit den Bemerkungen, er habe im Auftrage des Großfürsten Sergius ein Schriftstück zu überbringen. Während der Minister daran griff, gab der Möder fünf Revolverkugeln auf ihn ab.

### Italien.

Mit welchen Mitteln die Reactionisten hier zu Lande kämpfen, um das liberale Ministerium zu stürzen durch Aushebung der äußersten Linken des Parlaments geht daraus hervor, daß die Reaktion, welche neulich das konservative Organ „Oberitalienico, die „Corriere della Sera““ brachte, nämlich die Regierung rüste eine Expedition zur Besetzung von Tripolis aus, völlig erlogen ist. Es müssen schwungsvolle Finger sein, welche die alten Wunden Cispius' der Kolonialpolitik wieder aufreissen, denn in den Schlachten des ägyptischen Hochgebiets wurden 500 Mill. lire verschwendet und 100 000 brave Soldaten fanden dort ihr ruheloses Grab.

### England.

Im Unterhaus hat der Shopmaster Hicks Beach das Gesetz vorgelegt mit einer Rede, worin er sagte, daß der Krieg noch viel Geld kosten würde. Man sollte sich nicht durch die Friedensverhandlungen in Kielshof und Victoria in den Bewilligungsbeirat vertreten lassen. Die Bewilligung des Staats würde ein Deutlein nur auf die Kosten Englands in Südafrika, und wenn wirklich der Krieg in einigen Wochen beendigt würde, brauchte man auch noch nachher Geld. Die Kombinationen müßten belohnt und eine britische Truppenmacht in Südafrika gehalten werden. Er teilte dann mit, daß der Südafrikanische Krieg bis jetzt 160 Millionen Pfund Sterling - 3200 Mill. Pf. - gekostet habe. Der britische Krieg habe fünf Mill. Pfund Sterling gekostet; doch bekam England jetzt 5 Mill. Pf. an Entschädigungsgeboten. Die gesammelten Staatsausgaben für das neue Gesetz Jahr sind auf 174 600 000 Pf. Sterling veranschlagt. Die Einnahmen zu 147 785 000, so daß andere Verpflichtungen hinzugetragen, ein Defizit von 45 000 000 Pf. Sterling - 900 Mill. Pf. - zu denken bleibt. Daß die Regierung des Defizits mache der Shopmaster den Vorwurf, die Schulden aufzuladen, die Einkommenssteuer zu erhöhen und Korn- und Weißölsteuer einzuführen. Der Vorwurf, einen Korn- und Weißölsteuer einzuführen, wurde, nachdem ihn Stein und Liberalen darunter hörten, bestätigt haben, mit 254 gegen 135 Stimmen angenommen.

### Stettin.

Vom südafrikanischen Kriegshauptheit wird ein Eisenbahnunglück, das bei Wachthof stattgefunden hat, gemeldet. Es sind dabei 18 Männer von der britischen neuzealandischen Infanterie umgekommen.

Bezüglich der Friedensverhandlungen treten i principielle Admetzung gegen das gleiche Wahl-

sich die widersprechendsten Nachrichten. Während die öffentlichen Erklärungen des englischen Minister keineswegs auf baldigen Friedensschluß hoffen lassen, klängt folgende Drosche aus London recht hoffnungsvoll: Daily Mail meldet aus Johannesburg vom 14. April: Die leitenden Bürendelikatessen halten heute eine Besprechung mit Milner, woran auch Lord Kitchener teilnehmen. Wie verlautet, werden Richter und Milner, wie angedroht, werden vereint weiterführen, daß, wie angedroht, werden, bereits begonnen haben, Milner gibt die Vorschläge der Büren an Chamberlain weiter.

### China.

Die Befreiung von Tientsin soll seitens der europäischen Truppen noch nicht aufgegeben werden. Auf Peking wird darüber gemeldet: Das Befehlshaber der verbündeten Truppen kann überzeugen, die vorläufige Regierung in Tientsin aufrecht zu erhalten, entweder bis zur Schließung der Front, wie in der Zusammenkunft der Befehlshaber am 6. April 1901 beschlossen war, oder bis zum 1. Juli, die Regierung soll aber auf keinen Fall früher aufgelöst werden, als vier Wochen nach Annahme gewisser Bedingungen durch die chinesische Regierung. Zu diesen Bedingungen gehören auch die folgenden: Die chinesische Regierung muß verpflichten, die Front nicht wieder aufzurichten, auch keine neuen Forts zwischen Peking, Taku und Schantauwan zu bauen. Die chinesische Polizeitruppe in der Stadt darf nicht mehr als 2500 Mann betragen und chinesische Truppen dürfen sich der Stadt nicht auf weniger als 30 Kilometer nähern. Die Eisenbahn Peking-Schanghai soll an die chinesische Regierung erst zurückgegeben werden, wenn die Befehlshaber der verbündeten Truppen ihre Zustimmung erhalten haben.

### Die Krisis in Belgien.

Die blutigen Vorgänge in Belgien zeigen wieder einmal zur Evidenz, daß der Klerikalismus jedem Lande, in dem er herrscht, zum Blut gereicht. Seitdem Belgien ein schlämiger moderner Staat ist, und das datum von 1830, haben die Klerikalen sich ununterbrochen geherrscht. Sie haben das Land vom Schauspiel der beständigen Parteikämpfe gemacht und ließen sich jedes Ereignis in der Richtung zum allgemeinen Wahlrecht abrufen. Immer ist es dabei erst zu blutigen Kampfen gekommen. Der letzte große Kampf 1893 hatte zur Folge, daß das allgemeine Wahlrecht, aber mit dem Befreiungszettel befreit, für das Repräsentantenhaus und 1899 wieder nach blutigen Kämpfen auch für die Deputiertenkammer errungen wurde. Nach dem „Pariserwahlrecht“ ist jedes Staatsbürger, der 25 Jahre zählt und ein Jahr lang einen festen Wohnsitz hat, berechtigt, eine Stimme abzugeben; zwei Stimmen darf derjenige Wähler abgeben, der den unterwegsigen Wahl im Berthe von 2000 Franken oder 100 Pfund Rente nachweist, oder drei Stimmen kann demjenigen, welcher eine höhere Bildung verfügt, sowie gewisse Kategorien des Beamtenkums. Mehr als drei Stimmen darf kein Wähler abgeben.

Wit diesem Wahlrecht hatten die Klerikalen sich immer noch eine unnehmbare Position verschafft. Im Jahre 1898 zählte die Deputiertenkammer 112 Klerikale, 28 Sozialisten und 12 Fortschrittsler oder Liberalen. Bei der Wahl 1900 aber erhielten die Klerikalen nur 85 Mandate, die Sozialisten 32 und die Liberalen 34. Die Klerikalen verfügen aber auch heute immer noch über die Mehrheit. Nicht allein, daß sie in allen Fragen rücksichtlos diese Majorität aufzuzeigen, sondern auch gegen jede weitere Forderung in der Richtung zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Um einen Preis wollen sie die Regierung in Händen behalten, denn gegen sie als Mehrheit kann der König mit einem anderen Ministerium auf die Dauer nicht regieren, wie die Erfahrung gezeigt hat.

Der König soll für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts sein, das Ministerium aber mit aller Entschiedenheit dagegen. Nur mit Widerstreben hat er sich verpflichten lassen, die Verfassungskommission überhaupt auf die Tagessitzung zu legen und jetzt bemüht ist seine











